



- Netzeditionsgrundsätze
- Vorwort
- Das Kabinett Scheidemann
- Das Kabinett Bauer
- Das Kabinett Müller I
- Das Kabinett Fehrenbach
- Die Kabinette Wirth I/II
- Das Kabinett Cuno
- Die Kabinette Stresemann I/II
- Die Kabinette Marx I/II
- Die Kabinette Luther I/II
- Das Kabinett Marx III/IV
- Das Kabinett Müller II
- Die Kabinette Brüning I/II

- Band 1

- Einleitung

- Dokumente

- № 1 Abgeordneter Schiele an Abge
- № 2 Ministerbesprechung vom 31. I
- № 3 Ministerbesprechung vom 1. A
- № 4 Ministerbesprechung vom 2. A
- № 5 Ministerbesprechung vom 3. A
- № 6 Gutachten des Ministerialdirek
- № 7 Ministerbesprechung vom 3. A
- № 8 Fraktionsführerbesprechung vc
- № 9 Kabinettsitzung vom 4. April 1
- № 10 Chefbesprechung vom 7. Apr
- № 11 Kabinettsitzung vom 7. April
- № 12 Kabinettsitzung vom 8. April
- № 13 Fraktionsführerbesprechung v
- № 14 Ministerbesprechung vom 9. .
- № 15 Fraktionsführerbesprechung \
- № 16 Besprechung in der Reichska
- № 17 Ministerbesprechung vom 11.
- № 18 Fraktionsführerbesprechung \
- № 19 Kabinettsitzung vom 16. Apr
- № 20 Ministerbesprechung vom 16.
- № 21 Ministerbesprechung vom 30.
- № 22 Kabinettsitzung und Minister
- № 23 Kabinettsitzung vom 2. Mai
- № 24 Kabinettsitzung vom 2. Mai
- № 25 Ministerbesprechung vom 2. I
- № 26 Ministerbesprechung vom 3. I
- № 27 Kabinettsitzung vom 6. Mai
- № 28 Kabinettsitzung vom 7. Mai
- № 29 Fraktionsführerbesprechung \
- № 30 Kabinettsitzung vom 10. Mai
- № 31 Vermerk des Ministerialrats V
- № 32 Vermerk des Ministerialrats V
- № 33 Kabinettsitzung vom 14. Mai
- № 34 Kabinettsitzung und Minister
- № 35 Ministerbesprechung vom 16.
- № 36 Chefbesprechung vom 19. M
- № 37 Ministerbesprechung vom 19.
- № 38 Ministerbesprechung vom 21.
- № 39 Ministerbesprechung vom 22.
- № 40 Aufzeichnung des Auswärtige
- № 41 Kabinettsitzung vom 27. Mai
- № 42 Vizepräsident des Reichstags
- № 43 Kabinettsitzung vom 2. Juni

Edition > Die Kabinette Brüning I/II > Band 1 > Dokumente > № 206 Ministerbesprechung vom 19. Dezember 1... > 2. Politische Angelegenheit.



RTF

2. Politische Angelegenheit.

Der *Reichswehrminister* betonte die Notwendigkeit einer Aussprache über die Frage der Legalität oder Illegalität der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei². Er führte u. a. aus, daß die Marinewerft in Wilhelmshaven im August 1927 das Reichswehrministerium gefragt habe, ob die Nationalsozialistische Arbeiterpartei als legal oder illegal anzusehen sei. Die Antwort des Reichswehrministeriums habe gelautet, daß die Partei als illegal zu betrachten sei. Es habe dann u. a. im Mai 1928 der damalige Reichsminister des Innern Dr. von Keudell dem Reichswehrministerium gegenüber schriftlich die Auffassung vertreten, daß die *NSDAP* nicht als verfassungswidrig zu betrachten sei. Im Juli 1928 habe der damalige Reichsminister des Innern Severing dem Reichswehrministerium schriftlich mitgeteilt, daß er die Auffassung seines Amtsvorgängers, des Reichsministers Dr. von Keudell nicht teile.

[752] Das Reichswehrministerium sei nun besonders deshalb in einer schwierigen Lage, weil einige Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur *NSDAP* entlassen worden seien. Kürzlich habe das Arbeitsgericht in Wilhelmshaven entschieden, daß die Entlassung eines Arbeiters zu Unrecht damit begründet worden sei, daß er zur *NSDAP* gehöre³. Das Reichswehrministerium sei zur Zahlung des Arbeitslohnes für mehrere Wochen verurteilt worden. Vor allen Dingen entstehe auch die Verpflichtung, nach Rechtskraft des Urteils die entlassenen nationalsozialistischen Arbeiter wieder einzustellen.

Der *Reichsminister des Innern* betonte, er habe volles Verständnis dafür, daß der Reichswehrminister die Frage der Legalität oder Illegalität der *NSDAP* angeschnitten habe. Die Frage sei von großer Bedeutung, auch wegen des vor dem Staatsgerichtshof schwelbenden Prozesses wegen Zahlung der Polizeikostenzuschüsse an Thüringen⁴. Bis zum 14. September 1930, d. h. bis zur eidlichen Vernehmung Hitlers in Leipzig⁵, müsse man nach seiner Ansicht unbedingt die Partei als revolutionäre Partei ansehen. Bis zu diesem Zeitpunkt seien auch in der nationalsozialistischen Literatur in stärkstem Maße revolutionäre Äußerungen gebracht worden. Derartige Äußerungen seien nach der eidlichen Vernehmung Hitlers in Leipzig stark in den Hintergrund getreten. Die Aussage Hitlers in Leipzig sei sehr eigentümlich. Er habe erklärt, daß er im Jahre 1923 in München durch Gewalt zu seinen Schriften veranlaßt worden sei⁶. Die Bayerische Regierung habe wiederholt dahin Stellung genommen, daß diese Darlegung Hitlers der Wahrheit nicht entspreche.

Zu beachten seien auch die nationalsozialistischen Äußerungen im Reichstag. Während einer Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoegner sei von nationalsozialistischer Seite der Zwischenruf gefallen: Man dürfe im Interesse der Partei sein Ehrenwort brechen⁷.

Letzten Endes sei es Sache der persönlichen Überzeugung, ob man Hitler glauben könne oder nicht. Er, der Reichsminister des Innern, könne Hitler nicht glauben. Nach seiner Überzeugung müsse sich jede Führung des Reichs und der Länder so einstellen, als ob die Nationalsozialisten in gefährlicher Stunde sich nicht verfassungstreu verhalten würden.

Er empfehle, eine endgültige Stellungnahme des Reichskabinetts zur Frage des Nationalsozialismus zurückzustellen, wenigstens so lange, bis der vor dem Staatsgerichtshof schwelbende Streit wegen der Zahlung der Polizeikostenzuschüsse entschieden sei. Zur Zeit kämpften bei den Nationalsozialisten zwei Strömungen,[753] eine radikale und eine mehr legale. Man könne nicht sagen, daß die Nationalsozialisten nie legal sein würden.

Der *Reichspostminister* führte aus, daß in seinem Ressort die Nationalsozialisten gerade unter der höheren Beamenschaft in stärkstem Maße an Anhängern gewonnen. Er, der Reichspostminister, könne sich unmöglich auf den Standpunkt stellen, daß die bloße Zugehörigkeit zur *NSDAP* beamtenrechtliche oder arbeitsrechtliche Folgen habe. Es müsse eine gewisse Agitation hinzukommen, um derartige Folgen hervorzurufen.

Nach seiner Auffassung habe Hitler im Jahre 1923 unter einem gewissen Zwange gehandelt.

Staatssekretär Dr. Joël teilte mit, daß bei der Reichsanwaltschaft ein Verfahren gegen Goebbels wegen Vorbereitung zum Hochverrat schwelbe⁸. In diesem müsse die Frage der Legalität oder Illegalität der *NSDAP* zur Entscheidung kommen. Dem Oberrechtsanwalt sei eine neue preußische Denkschrift zu dieser Frage zugegangen, die dem Reichsjustizministerium nicht bekannt sei, aber angeblich schweres Belastungsmaterial der Nationalsozialisten enthalte⁹.

Wenn die Reichsregierung jetzt zur Frage der Legalität oder Illegalität der Nationalsozialisten endgültig Stellung nähme, würde der Entscheidung des Oberrechtsanwälts bzw. des Reichsgerichts in gewisser Weise vorgegriffen.

In bezug auf die Entlassung von Arbeitern sei die Heeresverwaltung anders gestellt als die Reichspostverwaltung oder andere Behörden. Die Heeresverwaltung habe auch bestehendem Recht weit mehr Kündigungsgründe als die anderen Ressorts.

Generalmajor von Schleicher führte aus, das Reichswehrministerium habe bisher stets den Standpunkt vertreten, daß die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Grund zur Entlassung eines Arbeiters bilde. Dieser Standpunkt sei nach dem letzten Urteil des Arbeitsgerichts in Wilhelmshaven und nach anderen Urteilen kaum noch aufrechtzuerhalten. Vor allem müßten nun die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden.

Besondere Schwierigkeiten bereite die Frage des Nationalsozialismus auch in den Grenzschutzzangelegenheiten. In Oberschlesien wollten alle Parteien im Grenzschutz mitarbeiten mit Ausnahme der Kommunisten. Wie solle sich das Reichswehrministerium hier verhalten, wo es gerade in den Grenzgebieten besonders viele Nationalsozialisten gebe? Man werde einzelne Nationalsozialisten einstellen müssen, jedoch unbedingt davon Abstand zu nehmen haben, daß etwa geschlossene nationalsozialistische Formationen im Grenzschutz Aufnahme fänden.

Frick habe einmal seinen Parteigehörigen verboten, in den Grenzschutz einzutreten. Sollten sie sich an dieses Verbot nicht halten, so habe Frick mit Veröffentlichung von Grenzschutzzangelegenheiten gedroht. Eine derartige[754] Veröffentlichung würde zweifellos Landesverrat bedeuten. Trotz des Verbots Fricks seien die Nationalsozialisten zahlreich dem Grenzschutz beigetreten.

- № 44 Ministerbesprechung vom 2. .
- № 45 Kabinettsitzung vom 3. Juni
- № 46 Kabinettsitzung vom 5. Juni
- № 47 Kabinettsitzung vom 13. Jun
- № 48 Kabinettsitzung und Minister
- № 49 Abgeordneter Drewitz an den
- № 50 Ministerbesprechung vom 18
- № 51 Aufzeichnung des Oberregier
- № 52 Ministerbesprechung vom 21.
- № 53 Ministerbesprechung vom 24.
- № 54 Ministerbesprechung vom 24.
- № 55 Der Reichsminister für die be
- № 56 Kabinettsitzung vom 25. Jun
- № 57 Ministerbesprechung vom 27.
- № 58 Vermerk des Ministerialdirekt
- № 59 Fraktionsführerbesprechung 1
- № 60 Kabinettsitzung vom 2. Juli 1
- № 61 Ministerbesprechung vom 2. .
- № 62 Vermerk des Ministerialrats F
- № 63 Fraktionsführerbesprechung \
- № 64 Kabinettsitzung vom 5. Juli 1
- № 65 Ministerbesprechung vom 5. .
- № 66 Ministerbesprechung vom 8. .
- № 67 Fraktionsführerbesprechung \
- № 68 Ministerbesprechung vom 8. .
- № 69 Ministerbesprechung vom 9. .
- № 70 Kabinettsitzung vom 9. Juli 1
- № 71 Ministerbesprechung vom 9. .
- № 72 Generalmajor von Schleicher
- № 73 Chefbesprechung vom 12. Ju
- № 74 Vermerk des Staatssekretärs
- № 75 Vermerk des Staatssekretärs
- № 76 Kabinettsitzung vom 14. Juli
- № 77 Ministerbesprechung vom 14.
- № 78 Vermerk des Staatssekretärs
- № 79 Ministerbesprechung vom 15.
- № 80 Ministerbesprechung vom 16.
- № 81 Vermerk des Staatssekretärs
- № 82 Aufzeichnung des Staatssekr
- № 83 Ministerbesprechung vom 18
- № 84 Ministerbesprechung vom 18.
- № 85 Kabinettsitzung vom 24. Juli
- № 86 Ministerbesprechung vom 24.
- № 87 Ministerbesprechung vom 25.
- № 88 Abgeordneter Hugenberg an
- № 89 Der Reichswehrminister an d
- № 90 Kabinettsitzung vom 26. Juli
- № 91 Kabinettsitzung vom 30. Juli
- № 92 Ministerbesprechung vom 30
- № 93 Besprechung des Reichskanz
- № 94 Besprechung des Reichskanz
- № 95 Ministerbesprechung vom 7. .
- № 96 Ministerbesprechung vom 7. .
- № 97 Ministerbesprechung vom 8. .
- № 98 Ministerbesprechung vom 8. .
- № 99 Kabinettsitzung vom 14. Aug
- № 100 Deutscher Industrie- und Ha
- № 101 Kabinettsitzung vom 15. Au
- № 102 Kabinettsitzung vom 19. Au
- № 103 Ministerbesprechung vom 1
- № 104 Ministerbesprechung vom 2
- № 105 Ministerbesprechung vom 2
- № 106 Kabinettsitzung vom 26. Au
- № 107 Ministerbesprechung vom 2
- № 108 Ministerbesprechung vom 2
- № 109 Ministerbesprechung vom 2
- № 110 Ministerbesprechung vom 3
- № 111 Ministerbesprechung vom 3
- № 112 Aufzeichnung des Staatssel

Der *Reichsminister des Innern* teilte in diesem Zusammenhang mit, daß der Abgeordnete Graf Reventlow kürzlich an ihn die Frage gerichtet habe, ob die Grenzschutzverbände in Oberschlesien gegen die Nationalsozialisten gerichtet seien.

Er, der Reichsminister des Innern, habe selbstverständlich diese Frage mit nein beantwortet. Weitere Fragen habe Graf Reventlow an ihn nicht gerichtet.

Der *Reichskanzler* vertrat die Auffassung, daß das Reichskabinett jetzt noch nicht zu der Frage der Legalität oder Illegalität der *NSDAP* endgültig Stellung nehmen könne. Auf jeden Fall müsse die Reichsregierung sich davor hüten, dieselben falschen Methoden gegen die Nationalsozialisten anzuwenden, welche in der Vorkriegszeit gegen die Sozialdemokraten angewendet worden seien. Anstelle des Reichswehrministers würde er vorläufig in den Heeresbetrieben sich um die Parteizugehörigkeit der Arbeiter nicht mehr kümmern. Natürlich müßten die schwelbenden Prozesse durchgeführt werden. Bei der Einstellung in die Reichswehr sei nach seiner Auffassung die bisherige Praxis zu verfolgen. Was den Grenzschutz anlange, so werde weder in Oberschlesien noch auch in anderen Gegenden die Einstellung von Nationalsozialisten ausgeschlossen werden können. Von der Einstellung ganzer nationalsozialistischer Formationen in den Grenzschutz müsse natürlich Abstand genommen werden.

Die *übrigen anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts* erhoben keine Einwendungen gegen diese grundsätzliche Stellungnahme des Reichskanzlers.

Staatssekretär *Dr. Joël* teilte zum Schluß der Aussprache mit, daß das Reichsjustizministerium für Beschleunigung des Verfahrens gegen Goebbels Sorge tragen werde. Das Reichsjustizministerium werde das Reichskabinett von der beabsichtigten Stellungnahme des Oberrechtsanwalts zur Frage der Legalität oder Illegalität der *NSDAP* rechtzeitig unterrichten¹⁰.

² S. [Dok. № 163](#). In einem Schreiben an Pünder hatte *GenMaj. v. Schleicher* an die Bitte des *RWeM* erinnert, eine Kabinettsitzung über die Legalität der *NSDAP* abzuhalten. „Wenn das Kabinett nicht in allernächster Zeit zu einem Beschuß kommen sollte, sähne sich der Herr Reichswehrminister gezwungen, die von ihm verfügten Maßnahmen (Verbot der Einstellung von Leuten in die Reichswehr, die sich bei der *NSDAP* betätigt haben, Verbot nationalsozialistischer Arbeiter und Angestellter in Wehrmachtsbetrieben usw.) von sich aus wieder aufzuheben. Diese Maßnahme läßt sich nicht umgehen, da sonst nicht nur unsere Arbeiten in Fragen des Landesschutzes und vor allem des Grenzschutzes Ost gefährdet, sondern auch der Reichskasse [...] durch arbeitsgerichtliche Verurteilung Kosten entstehen würden“ (R 43 I/2682, S. 549).

³ In dem Verfahren eines Heizers gegen die Marinewerft Wilhelmshaven, die ihn wegen seiner Zugehörigkeit zur *NSDAP* entlassen hatte, hatte das Arbeitsgericht zugunsten des Klägers mit der Begründung entschieden, die eidlichen Bekundungen im Ulmer Reichswehrprozeß bewiesen, daß die *NSDAP* keine gewalttamen Umsturzbewegungen verfolge. Dem Kläger war eine Summe von 1065,71 *RM* zugestanden worden (Deutsche Zeitung № 290 a vom 11.12.30 in R 43 I/2682, S. 545).

⁴ Vgl. [Dok. № 20, P. 6](#) und [Dok. № 156](#).

⁵ Die Vernehmung Hitlers vor dem Reichsgericht in Leipzig hatte nicht am 14., sondern am 25.9.30 stattgefunden: s. [Dok. № 118, P. 2](#).

⁶ Vgl. [Dok. № 163](#), Anlage 1.

⁷ Während einer RT-Rede Hoegners am 18.10.30 hatte der *NSDAP-Abg.* Gregor Strasser den Zwischenruf gemacht: „Diesem System gegenüber kenne ich kein Ehrenwort“ (RTBd. 444, S. 133).

⁸ Gegen Goebbels war 1929 ein Hochverratsverfahren vom *RIMin.* beantragt und von der Reichsanwaltschaft eingeleitet worden. Der Reichsanwalt erhob am 6.4.32 gegen Goebbels Anklage, ohne daß es zu einer Verhandlung kam (Bucher, Der Reichswehrprozeß, S. 13–14).

⁹ S. [Dok. № 163, Anm. 3](#).

¹⁰ In R 43 I nicht ermittelt.



- № 113 Vermerk des Staatssekretär
- № 114 Ministerbesprechung vom 1
- № 115 Vermerk des Ministerialrats
- № 116 Kabinetssitzung vom 23. Se
- № 117 Kabinetssitzung vom 24. Se
- № 118 Kabinetssitzung vom 25. Se
- № 119 Kabinetssitzung vom 25. Se
- № 120 Kabinetssitzung vom 26. Se
- № 121 Kabinetssitzung vom 26. Se
- № 122 Kabinetssitzung vom 27. Se
- № 123 Kabinetssitzung vom 27. Se
- № 124 Kabinetssitzung und Ministe
- № 125 Chefbesprechung vom 29. S
- № 126 Vermerk des Ministerialrats
- № 127 Aufzeichnung des Staatssek
- № 128 Vermerk des Ministerialdirek
- № 129 Stellungnahme des Staatsse
- № 130 Ministerbesprechung vom 4.
- № 131 Aufzeichnung des Staatssek
- № 132 Kabinetssitzung vom 6. Okt
- № 133 Besprechung des Reichskan
- № 134 Ministerbesprechung vom 7.
- № 135 Vermerk des Staatssekretär
- № 136 Der Deutsche Industrie- und
- № 137 Gesamtverband der christlic
- № 138 Der badische Finanzministe
- № 139 Der Bayerische Ministerpräs
- № 140 Der Allgemeine Deutsche G
- № 141 Abgeordneter Drewitz an de
- № 142 Die Abgeordneten Hugenbe
- № 143 Ministerbesprechung vom 1
- № 144 Ministerbesprechung vom 1
- № 145 Der Hessische Finanzminist
- № 146 Der Sächsische Ministerpräs
- № 147 Unterredung des Reichspräs
- № 148 Kabinetssitzung vom 24. Okt
- № 149 Kabinetssitzung vom 25. Okt
- № 150 Chefbesprechung vom 27. Okt
- № 151 Kabinetssitzung vom 27. Okt
- № 152 Kabinetssitzung vom 28. Okt
- № 153 Chefbesprechung vom 28. Okt
- № 154 Besprechung des Reichskan
- № 155 Vermerk des Staatssekretär
- № 156 Ministerbesprechung vom 3
- № 157 Ministerbesprechung vom 3
- № 158 Chefbesprechung vom 30. Okt
- № 159 Kabinetssitzung vom 30. Okt
- № 160 Aufzeichnung des Ministeria
- № 161 Deutscher Frauenausschuß
- № 162 Besprechung des Reichskan
- № 163 Der Reichswehrminister an d
- № 164 Abgeordneter Drewitz an de
- № 165 Aufzeichnung des Ministeria
- № 166 Der Oberbürgermeister von
- № 167 Ministerbesprechung vom 1
- № 168 Aufzeichnung des Ministeria
- № 169 Sitzung des Kabinettsaussc
- № 170 Aufzeichnung des Ministeria
- № 171 Aufzeichnung des Ministeria
- № 172 Aufzeichnung des Ministeria
- № 173 Kabinetssitzung und Ministe
- № 174 Kabinetssitzung vom 24. Nov
- № 175 Staatssekretär Pünder an S
- № 176 Aufzeichnung des Staatssek
- № 177 Der Reichsjustizminister an
- № 178 Aufzeichnung des Staatssek
- № 179 Staatssekretär Zweigert an S
- № 180 Ministerbesprechung vom 2
- № 181 Besprechung vom 28. Nove

- № 182 Vermerk des Staatssekretär
- № 183 Kabinettsitzung vom 30. No
- № 184 Der Reichsernährungsminis
- № 185 Der Reichsverband der Deu
- № 186 Vermerk des Staatssekretär
- № 187 Mitteilung der Reichstagsfra
- № 188 Die Abgeordneten v. Hamm
- № 189 Gewerkschaften und Bildung
- № 190 Kabinettsitzung vom 9. Dez
- № 191 Aufzeichnung des Ministeria
- № 192 Empfang von Vertretern des
- № 193 Kabinettsitzung vom 9. Dez
- № 194 Ministerbesprechung vom 9.
- № 195 Aufzeichnung des Ministeria
- № 196 Besprechung des Reichsprä
- № 197 Aufzeichnung über die Haltu
- № 198 Vermerk des Ministerialrats
- № 199 Besprechung des Kabinetts
- № 200 Der BVP-Vorsitzende Schäff
- № 201 Empfang der Führer der „Gr
- № 202 Kabinettsitzung vom 17. Dez
- № 203 Ministerbesprechung vom 1
- № 204 Vermerk des Ministerialrats
- № 205 Chefbesprechung vom 17. D
- № 206 Ministerbesprechung vom 1
- 1. Außerhalb der Tagesordnung: E
- 2. Politische Angelegenheit.
- 3. Außerhalb der Tagesordnung: V
- 4. Außerhalb der Tagesordnung: P
- 5. Außerhalb der Tagesordnung: I
- 6. Außerhalb der Tagesordnung: V
- 7. Außerhalb der Tagesordnung: I
- № 207 Aufzeichnung des Reichskan
- № 208 Ministerbesprechung vom 1
- № 209 Vermerk des Oberregierung
- № 210 Der Oberbürgermeister von
- № 211 Aufzeichnung des Oberregie
- № 212 Der Reichskanzler an Staats
- № 213 Der Reichskanzler an den B
- № 214 Staatssekretär Pünder an S
- № 215 Kabinettsitzung vom 8. Jan
- № 216 Besprechung wegen der Ve
- № 217 Besprechung vom 12. Janua
- № 218 Ministerbesprechung vom 1
- № 219 Aufzeichnung des Staatssek
- № 220 Der Reichsminister der Finan
- № 221 Vermerk des Ministerialrats
- № 222 Kabinettsitzung vom 21. Ja
- № 223 Ministerbesprechung vom 2
- № 224 Aufzeichnung des Ministeria
- № 225 Aufzeichnung des Ministeria
- № 226 Kabinettsitzung vom 28. Ja
- № 227 Ministerbesprechung vom 2
- № 228 Aufzeichnung des Ministeria
- № 229 Vermerk des Ministerialrats
- № 230 Aufzeichnung des Ministeria
- № 231 Aufzeichnung des Ministeria
- № 232 Vermerk des Staatssekretär
- № 233 Kabinettsitzung vom 31. Ja
- № 234 Besprechung vom 2. Februa
- № 235 Besprechung vom 4. Februa
- № 236 Der Badische Innenminister
- № 237 Der Reichswirtschaftsminist
- № 238 Besprechung des Reichsprä
- № 239 Besprechung vom 7. Februa
- № 240 Aufzeichnung des Ministeria
- № 241 Chefbesprechung vom 13. Fe
- № 242 Kabinettsitzung vom 14. Fe
- № 243 Kabinettsitzung vom 17. Fe

- [+ № 244 Ministerbesprechung vom 1...](#)
- [+ № 245 Ministerbesprechung vom 1...](#)
- [+ № 246 Ministerbesprechung vom 1...](#)
- [+ № 247 Ministerbesprechung vom 2...](#)
- [+ № 248 Ministerbesprechung vom 2...](#)
- [+ № 249 Kabinettsitzung und Ministe...](#)
- [+ № 250 Ministerbesprechung vom 2...](#)
- [+ № 251 Vermerk des Staatssekretär...](#)
- [+ № 252 Ministerbesprechung vom 2...](#)
- [+ Band 2](#)
- [+ Band 3](#)
- [+ Das Kabinett von Papen](#)
- [+ Das Kabinett von Schleicher](#)
- [+ Biographien](#)